

# Verwirklichung der Beschlüsse der

sprachen, wurde dann ein Ausschuß für Volksbefragung gegründet. Von 38 Vorschlägen, die gemacht wurden, erklärten sich 34 Kollegen bereit, aktiv mitzuarbeiten.

In dieser Versammlung wurde auch eine Resolution an unseren Patenbetrieb Siemens & Halske in Westberlin angenommen und die Kollegen dort auf gefordert, sich an der gemeinsamen Kundgebung zu beteiligen. Drei parteilose westberliner Kollegen wurden von der Versammlung beauftragt, diesen Aufruf dem Betriebsrat von Siemens & Halske zu überbringen. Sie führten diesen Auftrag am nächsten Tag durch. Nadi einer längeren Aussprache zwischen unserer Delegation und den beiden Betriebsräten von Siemens und Halske wurde diesen der Aufruf übergeben. Außerdem wurde dieser Aufruf noch neun fortschrittlichen Kollegen von Siemens & Halske persönlich überbracht, um eine breitere Information der Belegschaft über diesen Punkt zu sichern\*

Der Ausschuß für Volksbefragung unseres Betriebes hat in der Folgezeit eine sehr positive Arbeit geleistet. In den verschiedenen Werksteilen wurden Unterausschüsse gebildet. Einige der in den Ausschüssen vertretenen Kollegen, die sich bisher niemals an einer politischen Arbeit beteiligt haben, entwickeln jetzt eine erstaunliche Aktivität. Dabei werden sie von unserer Betriebsparteiorganisation unterstützt und beraten.

Als das Verbot der Volksbefragung durch die Bonner Regierung bekannt wurde, organisierte unser Ausschuß mit Unterstützung und Hilfe der Betriebsparteiorganisation Kurzversammlungen in allen Werksteilen.

Unser Ausschuß für Volksbefragung hatte ein festes Arbeitsprogramm aufgestellt. Täglich kamen die verantwortlichen Kollegen zusammen und berieten neue Agitationsmöglichkeiten für die Erweiterung des Ausschusses. Diese erfolgreiche Arbeit parteiloser westberliner Kollegen in unserem Betrieb ist jedoch erst durch eine Verbesserung unserer Agitationsarbeit möglich geworden. In allen Agitatorengruppen unserer Grundorganisationen haben wir jetzt einen Agitatorengruppenleiter und eine ganze Anzahl gewählter Agitatoren. Durch einen planmäßigen Einsatz dieser Agitatorengruppen war es uns möglich, einen großen Kreis westberliner Kollegen zu überzeugen und zur Mitarbeit für den Ausschuß zur Volksbefragung zu gewinnen.

Dieser Erfolg unserer Agitationsarbeit ist für uns ein Ansporn, unsere Agitationsarbeit noch schneller organisatorisch zu festigen und die Agitatoren zu schulen\*

Eine große Hilfe dabei ist uns das Parteilehrjahr und unsere Presse. Die Zirkel des Lehrjahres waren bis vor wenigen Wochen noch recht schwach besucht. Durch bessere Verteilung und Qualifizierung des Lehrpersonals ist es den Grundorganisationen gelungen, den Besuch der Zirkel bedeutend zu steigern. Diese stärkere Teilnahme unserer Genossen wirkt sich auch bei unserer Arbeit mit den westberliner Kollegen aus. Genossen, die sonst nie diskutierten, nehmen jetzt an Gesprächen unter den Kollegen regen Anteil.

Um den westberliner Kollegen, die zu Hause nicht die Möglichkeit haben, „Neues Deutschland“ zu lesen, diesem hier im Betrieb zu ermöglichen, wurde durch unsere Agitatoren ein Wettbewerb für die Werbung „Neues Deutschland“ organisiert. Innerhalb von vierzehn Tagen wurden 102 neue Leser gewonnen.

Diese beiden Faktoren werden uns entscheidend bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse der EAK helfen.

Henschke



## Verfassung von Berlin

1. September 1950

### Artikel 2

Die Träger der Verfassung sind die Bürger der Stadt Berlin.

Sie üben nach dem Grundsatz der unmittelbaren Wahl das Recht der Selbstverwaltung aus.

### Artikel 3

Die Gewaltenteilung ist ein Grundsatz der Verfassung.

### Artikel 7

Die Träger der Verfassung sind die Bürger der Stadt Berlin.

### Artikel 40

Die Träger der Verfassung sind die Bürger der Stadt Berlin.

### Artikel 23

(3) Werden die in der Verfassung festgelegten Grundrechte offensichtlich verletzt, ist jedermann zum Widerstand berechtigt.

In Kraft gesetzt

Berlin, den 1. Oktober 1950

Sthr Dr. Reuter



1. Der Wille zum Frieden läßt sich weder verbieten noch einkerkern. Während diese drei „forschen“ Stummopolizisten einen Friedenskämpfer verhaften, wächst im selben Augenblick in Westberlin, Westdeutschland und auch in der Deutschen Demokratischen Republik immer sdtneuer die Zahl der aktiven Friedenskämpfer.

2. Mitte Mai setzte Ami-Reuter die Stummopolizei gegen seine eigene Verfassung ein, die ihn jetzt in Tausenden von Exemplaren selbst als Unterdrücker der Volksmeinung und als USA-Agenten bloßstellte. In einer nächtlichen Aktion mußte die Stummopolizei, unter dem Hohn der Bevölkerung, sämtliche Westberliner Litfaßsäulen von der Westberliner Verfassung „befreien“. Für die Ami-Agenten bedeutet eine Verfassung nur einen Fetzen Papier.

3. Am 17. Mai dieses Jahres trafen sich 400 Westberliner Bürger im EAW Treptow zu einer Kundgebung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages. Eine entscheidende Aufgabe der Agitatoren besteht jetzt darin, den friedliebenden Menschen bewußt zu machen, welche aewaltiac Kraft die Verfassung darstellt.